

Neunte Sitzung – Neuvième séance

Dienstag, 21. März 1995, Nachmittag
Mardi 21 mars 1995, après-midi

15.00 h

Vorsitz – Présidence: Kuchler Niklaus (C, OW)

94.046

Unlauterer Wettbewerb.
Bundesgesetz
Concurrence déloyale.
Loi fédérale

Differenzen – Divergences

Siehe Jahrgang 1994, Seite 931 – Voir année 1994, page 931
 Beschluss des Nationalrates vom 15. März 1995
 Décision du Conseil national du 15 mars 1995

Art. 3 Bst. b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 3 let. b

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Simmen Rosmarie (C, SO), Berichterstatterin: Es besteht lediglich eine Differenz, die der Nationalrat geschaffen hat, und zwar bei Artikel 3 Buchstabe b, wo es um unlautere Werbe- und Verkaufsmethoden und anderes widerrechtliches Verhalten geht. Hier hat der Nationalrat noch eingefügt, dass über die Art der Verkaufsveranstaltung ebenfalls unlauter gehandelt werden könne.

Das heisst im Klartext folgendes: Wenn z. B. ein Totalausverkauf ausgeschrieben wird, der nie ein Ende findet und insofern bei der potentiellen Käuferschaft falsche Vorstellungen erweckt, so ist das ebenfalls unlauter gehandelt.

Die Kommission des Ständerates ist mit diesem Zusatz einverstanden. Sie empfiehlt Ihnen, hier dem Nationalrat zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

95.001

Getreidegesetz. Änderung
Loi sur le blé. Modification

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 144 hiervor – Voir page 144 ci-devant
 Beschluss des Nationalrates vom 16. März 1995
 Décision du Conseil national du 16 mars 1995

Art. 24, 25, 25bis Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 24, 25, 25bis al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Maissen Theo (C, GR), Berichterstatter: Es sind zwei Hauptdifferenzen in Artikel 25 und in Artikel 67a offen. Der Logik folgend muss man zuerst Artikel 25 besprechen, bevor man Artikel 24 bespricht. Hier hat der Ständerat am 6. März grundsätzlich mit 19 zu 17 Stimmen der Fassung des Bundesrates zugestimmt. Die nationalrätliche Kommission hat in der Mehrheit ebenfalls zuerst zugestimmt, ist dann aber, unter dem Eindruck der Volksabstimmung vom 12. März 1995, auf diesen Beschluss zurückgekommen und hat in der Folge mit 14 zu 2 Stimmen beschlossen, diesen Artikel zu streichen.

Wir haben seinerzeit die Überlegungen dargelegt, warum wir für diesen Artikel sind, der hier eine Mehrheit gefunden hat. Es geht um einen geglätteten, volkswirtschaftlich optimierten Übergang zum Markt; es geht aber auch um Vertrauen, Verlässlichkeit und Rechtssicherheit bei Deregulierungen.

Nach dem 12. März ist nun eine Neubeurteilung der Situation vorzunehmen, wobei festzustellen ist, dass es sich sachlich und materiell um verschiedene Politikbereiche handelt. Die Marginalie «Solidaritätsbeiträge» ist zwar gleich, aber es sind unterschiedliche Belange. Politisch kann man nun stets ein Junktum zwischen verschiedenen Belangen herstellen; das ist nicht objektivierbar.

In der Kommission sind wir zu folgendem Schluss gekommen: Wir beugen uns der Macht des Faktischen und schliessen uns der Fassung des Nationalrates an.

Angenommen – Adopté

Art. 67a

Antrag der Kommission

Abs. 1

Festhalten

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 67a

Proposition de la commission

Al. 1

Maintenir

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Maissen Theo (C, GR), Berichterstatter: Bei Artikel 67a ist zu regeln, was mit den 50 Millionen Franken aus den Zollrückstellungen passiert, die sich bis zum 1. Juli 1995 anhäufen. Bundesrat und Nationalrat sind der Auffassung, dass diese 50 Millionen Franken in die Bundeskasse gehen sollen. Der Ständerat hat seinerzeit mit 26 zu 6 Stimmen eine eigene Fassung beschlossen: Herabsetzung der Verkaufspreise für Inlandgetreide während der nächsten drei Jahre mit diesen Zollrückstellungen.

Ich möchte kurz noch einmal die drei Hauptgründe darlegen, warum der Ständerat zu dieser Fassung gekommen ist und weshalb die ständerätliche Kommission hier eine Differenz aufrechterhalten will:

1. Diese Zollrückstellungen sind öffentliche Aufgaben, deren Zweck nicht nachträglich geändert werden soll und darf. Weder die Botschaft noch die seinerzeitige Abstimmungsvorlage zu dieser Bundesverfassungsrevision haben irgend etwas darüber ausgesagt, was mit diesen 50 Millionen Franken passieren soll; damit sind wir der Meinung, es solle der Grundsatz gelten, dass man dem Zweck treu bleiben soll.

2. Die Entwicklung der Getreidepreise wird mit der reformierten Agrarpolitik mittelfristig sinkend sein, die Getreidepreise werden sich also in Richtung Weltmarktpreise zurückbilden. Wenn man hier wiederum die Abstimmung vom 12. März 1995 interpretiert, kann man auch sagen, dass das Volk günstigere Produkte wünscht. Es scheint nicht sinnvoll zu sein, wenn wir diese 50 Millionen Franken in die Bundeskasse geben und damit den Effekt haben, dass in nächster Zeit der Getreidepreis zuerst steigen und nachher mit der reformierten Agrarpolitik sinken wird. Wenn wir diese 50 Millionen Franken so verwenden, wie es der Ständerat beschlossen hat, heisst das, dass wir einen geglätteten Übergang haben, also weniger kurzfristige Preisschwankungen beim Brotgetreide und damit bei den daraus hergestellten Produkten.

3. Wir haben in den Diskussionen bereits darauf hingewiesen, dass mit diesem Wegfall der Verbilligung – und damit indirekt der Preisstützung – auch ökologisch sinnvolle Getreideproduktionen eliminiert werden könnten, weil hier mit diesem abrupten Wechsel – ohne Übergangsfrist – Schwierigkeiten entstehen könnten. Hier geht es bekanntlich vor allem um den Anbau von Dinkel, Korn oder Spelz, wie diese Getreideart auch genannt wird. Es sind noch 1600 Hektaren im Voralpenraum. Es handelt sich um einen traditionellen Anbau mit weniger Ertrag – aber robuster – und damit mit weniger künstlichen Hilfsmitteln. Es ist eine ökologische Leistung. Das Korn ist ernährungsphysiologisch hochwertig. Wir meinen damit, dass es sich hier um eine moderne Nischenproduktion handelt, die nicht ohne Not aufgegeben oder an den Rand gedrängt werden soll.

Hier vielleicht eine Zwischenbemerkung: Es ist erstaunlich, dass im Nationalrat die Wortführer des «Biolandes Schweiz» diesen Förderungsbedarf des ökologischen Dinkelanbaus nicht erkannt haben und ebenfalls zur Gegnerschaft der ständerätlichen Fassung gehörten. Es wird später dann so sein, sollte es noch Probleme geben, dass der Dinkelanbau auch als ökologische Leistung nach Artikel 31b des Landwirtschaftsgesetzes geregelt werden könnte.

Der Nationalrat hat diese Streichung mit 57 zu 52 Stimmen beschlossen; wir sind der Meinung, nachdem der Ständerat seinerzeit dazu klar Stellung genommen hat, hier festzuhalten.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Ayant beaucoup apprécié l'expression de M. Maissen sur la Suisse «Bioland», j'aimerais très rapidement vous dire que j'avais plaidé, sans grand succès devant votre Conseil, le retour du montant restant de ce fonds spécial pour le blé et les céréales panifiables à la caisse fédérale. J'ai plaidé de la même façon devant le Conseil national avec davantage de succès, puisqu'une majorité, courte il est vrai, a voté dans le sens où le Conseil fédéral le souhaitait.

Me voici donc devant vous en présence d'une divergence que je souhaiterais, dans ma candeur extrême, trancher dans le sens des décisions du Conseil national, en disant sans doute que je n'ai pas oublié la leçon de droit de M. Jagmetti, président honoraire, mais que je n'oublie pas non plus dans quelles conditions le peuple a voté cet article constitutionnel l'année passée: c'était dans le cadre des mesures d'assainissement des finances fédérales. C'est donc bel et bien à l'assainissement des caisses de la Confédération que tendait tout l'exercice, notamment cet exercice constitutionnel. Nous avons dit en toute clarté, dans les traditionnelles explications du Conseil fédéral au peuple suisse, que la réduction du prix du blé provenant des droits de douane sur le blé ne se justifiait plus guère de nos jours.

C'est la raison pour laquelle je serais heureux, sur ce point, que contrairement à l'unanimité de votre commission, le Conseil des Etats, dans son immense sagesse, puisse se rallier à l'argumentation et à la conception du Conseil national en ce qui concerne cet article 67a alinéa 1er. Merci de votre large compréhension.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

26 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates

5 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

93.025

Börsen und Effektenhandel. Bundesgesetz

Bourses et commerce des valeurs mobilières. Loi

Differenzen – Divergences

Siehe Jahrgang 1994, Seite 837 – Voir année 1994, page 837

Beschluss des Nationalrates vom 14. März 1995

Décision du Conseil national du 14 mars 1995

Art. 2 Bst. bbis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 2 let. bbis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Cottier Anton (C, FR), rapporteur: A l'article 2, il s'agit de définition: le terme de «titres cotés» a été introduit par le Conseil national dans plusieurs articles. Il y a lieu, dès lors, de définir la notion de «cotation», ce qui se fait à la lettre bbis. La commission vous propose donc de vous rallier à cette décision.

Angenommen – Adopté

Art. 3 Abs. 2 Bst. b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 3 al. 2 let. b

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Cottier Anton (C, FR), rapporteur: Je précise d'emblée que la commission vous propose d'adhérer à la décision du Conseil national pour les douze divergences qui nous séparent encore. En effet, plusieurs sont simplement d'importance mineure, car il s'agit de différences rédactionnelles et il y a en fait une seule divergence qui nous sépare d'avec le Conseil national sur le fond, c'est l'article 30.

A l'article 3 alinéa 2 lettre b, il s'agit des conditions d'octroi de l'autorisation. Selon la version du Conseil fédéral et du Conseil national, la définition des qualités professionnelles et morales que les collaborateurs responsables de la bourse doivent présenter est large et générale. La version du Conseil des Etats était plus précise et plus concrète. Néanmoins, la commission vous propose de vous rallier au Conseil fédéral et au Conseil

Getreidegesetz. Änderung

Loi sur le blé. Modification

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.001
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.03.1995 - 15:00
Date	
Data	
Seite	350-351
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 666

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.